

DER WELTENTWICKLUNGSBERICHT 2005 UND SUBSAHARA-AFRIKA

Auswertung des WDR 2005 „*A Better Investment Climate for Everyone*“ im Hinblick auf Subsahara-Afrika und Implikationen für die deutsche Entwicklungspolitik mit der Region unter Berücksichtigung des Berichts „*Doing Business in 2005*“

I. Überblick

Hauptaussagen des Weltentwicklungsberichts 2005

1. Die zentrale Aussage des Weltentwicklungsberichts 2005 (WDR 2005) lautet: Die Verbesserung des Investitionsklimas ist von herausragender Bedeutung für Wachstum und Armutsreduktion in Entwicklungsländern.

2. Der Titel „*A Better Investment Climate for Everyone*“ beschreibt das Hauptanliegen des WDR 2005: Ziel ist die Schaffung eines guten Investitionsklimas für *alle* Akteure einer Volkswirtschaft, d.h. eines Investitionsklimas, das nicht nur privaten Unternehmen, sondern der Gesellschaft insgesamt zugute kommt („*A good investment climate is not just about generating profits for firms [...] it's about improving outcomes for society*“). Das bedeutet unter anderem, dass die *Qualität* des Investitionsklimas daran zu messen ist, dass es nicht nur einzelne Großfirmen mit guten Verbindungen begünstigt, sondern prinzipiell alle Unternehmungen, unabhängig bspw. davon, ob sie im formellen oder informellen Sektor tätig sind, davon profitieren.

3. Die Autoren des WDR 2005 stellen fest, dass es wenig Evidenz für einen positiven Zusammenhang zwischen Investitionsvolumen und wirtschaftlichem Wachstum gibt. Vielmehr ist die Steigerung der Produktivität ein entscheidender Faktor, um nachhaltiges Wachstum zu generieren. Ziel eines guten Investitionsklimas soll daher in erster Linie keine rein quantitative Steigerung der Investitionsvolumina sein, sondern es soll vor allem die Schaffung von Möglichkeiten und Anreizen für solche Investitionen im Vordergrund stehen, die geeignet sind, zur Steigerung der Produktivität beizutragen. Aussagen dazu, welche Investitionen diese Anforderungen möglicherweise besser als andere erfüllen, finden sich allerdings kaum in dem Bericht.

Wichtige Argumentationslinien

4. Die Armutswirksamkeit eines guten Investitionsklimas leiten die Autoren aus indirekten Wirkungen allgemeinen Wirtschaftswachstums aufgrund produktivitätssteigernder Investitionen ab. Sie argumentieren, dass mit steigenden Durchschnittseinkommen bei gleichbleibender Verteilung auch die Einkommen armer Haushalte steigen. Zudem schaffen Einkommenszuwächse aber auch Raum für armutswirksame Umverteilung. **Ghana** wird von den Autoren als Beispiel für ein afrikanisches Land angeführt, in dem realisierte Einkommenszuwächse überproportional ärmeren Bevölkerungsschichten zugute gekommen sind. Sie gehen allerdings nicht näher auf die Frage ein, mit welchen Politiken dies in Ghana erreicht werden konnte.

5. Außer über Wachstumseffekte wirken Politiken zur Verbesserung des Investitionsklimas auch direkt auf arme Haushalte in ihrer Rolle als Arbeitnehmer, Unternehmer, Konsumenten, Nutzer von Infrastruktur und Finanzdiensten sowie als Empfänger steuerfinanzierter Transfers und Dienstleistungen. Auf dabei mögliche *Trade-Offs* geht der WDR 2005 allerdings nur am Rande ein. So werden bspw. die positiven Wirkungen geringerer Preise für Nahrungsmittel (in **Äthiopien, Ghana, Kenia, Mali, Südafrika und Sambia**) und *Second-Hand*-Kleidung (in **Uganda**) auf arme Konsumenten aufgrund von Marktliberalisierung angeführt. Die Auswirkungen solcher Reformen auf die (häufig ebenfalls armen) Produzenten dieser Güter bzw. heimischer Substitute werden jedoch nicht thematisiert.

6. Der WDR 2005 nennt ungerechtfertigte Kosten, Risiken und Wettbewerbsbeschränkungen als grundlegende Hemmfaktoren für Investitionen. Diese drei Größen gilt es zu reduzieren. Allerdings betonen die Autoren, dass nicht ausnahmslos *alle* Kosten, Risiken und Beschränkungen zu beseitigen sind, da Steuern und Regulierung auch zu einem positiven Investitionsklima beitragen und weitergehende gesellschaftliche Interessen fördern und schützen können.

7. Unter Investitionsklima wird im WDR 2005 die Gesamtheit standortspezifischer Faktoren verstanden, welche die Möglichkeiten und Anreize für Unternehmen, produktivitätssteigernde Investitionen zu tätigen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu expandieren, bestimmen. Diese beinhalten neben rein ökonomischen auch politökonomische Faktoren. Dementsprechend umfangreich ist die Agenda, die zur Verbesserung des Investitionsklimas angegangen werden muss. Sie umfasst eine klare Prioritätensetzung, die Durchsetzung einzelner Reformen gegen zu erwartende Widerstände, den Aufbau von Kapazitäten, insbesondere im Bereich der staatlichen Regulierung und nicht zuletzt einen „langen Atem“. **Uganda** wird als Beispiel dafür angeführt, dass Beharrlichkeit bei der Verbesserung des Investitionsklimas wichtiger sei als Perfektion bei einzelnen Reformschritten (vgl. Ziffer 24).

8. Die Hauptverantwortung für die Verbesserung des Investitionsklimas sehen die Autoren des WDR 2005 bei den nationalen Regierungen. Diese müssen das Spannungsfeld, das zwischen einem positiven Investitionsklima für Unternehmen und der Verfolgung weitergehender gesellschaftlicher Ziele besteht, adäquat ausbalancieren und zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft gestalten. Dabei stellen sich aus politökonomischer Sicht vier Herausforderungen: (i) *Rent-seeking* muss eingeschränkt, (ii) die Glaubwürdigkeit der Politik gesichert, (iii) öffentliches Vertrauen und Legitimität gefördert und (iv) ein guter „Fit“ zwischen Politiken und lokalen Gegebenheiten und Institutionen hergestellt werden. In diesem Zusammenhang nennt der WDR 2005 das „*Directorate of Corruption and Economic Crime*“ in **Botswana** als positives Beispiel für erfolgreiche Korruptionsbekämpfung anhand konsequenter strafrechtlicher Verfolgung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch die Bildung einer autonomen Behörde.

9. Der Bericht betont, dass es keine allgemein gültige Blaupause für die Schaffung eines guten Investitionsklimas geben kann, da sich die jeweiligen Anforderungen zwischen verschiedenen Aktivitäten und geographischen Räumen erheblich unterscheiden. Deshalb sollte nach Ansicht der Autoren der Fokus bei der Verbesserung des Investitionsklimas zunächst auf der Schaffung wichtiger Grundvoraussetzungen für produktive Investitionen in den vier Kernbereichen (i) Stabilität und Sicherheit, (ii) Regulierung und Besteuerung, (iii) Finanzwesen und Infrastruktur sowie (iv) Arbeitskräfte und Arbeitsmarkt liegen („*delivering the basics*“).

10. Mangelnde politische wie wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit werden als besonders investitionsfeindliche Bedingungen benannt. Zu den entscheidenden investitionshemmenden

Faktoren in diesem Feld zählt der Bericht bewaffnete Konflikte, makroökonomische Instabilität, schwache Eigentumsrechte, Vertragsunsicherheit und Kriminalität.

11. Regulierung und Besteuerung haben eine doppelte Bedeutung für die Herstellung eines guten Investitionsklimas. Einerseits dienen sie der Korrektur von Marktversagen und der Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen. Andererseits stellen sie Kosten für investitionswillige Unternehmen dar und sollten deshalb möglichst gering gehalten werden. Der WDR 2005 trifft keine Aussage dazu, wo die Grenze zwischen notwendiger Besteuerung und Regulierung im gesamtgesellschaftlichen Interesse und einer übermäßigen Belastung der Wirtschaft verläuft. Die Befürchtung, dass der Wettbewerb um Investitionen zu einem „*race to the bottom*“ bei Steuern, Umweltauflagen etc. führen könnte, greifen die Autoren zwar auf, sie führen jedoch eine ganze Reihe von Gründen an, warum nicht notwendigerweise mit einem derartigen Wettbewerb zu rechnen sei. Sie bieten allerdings auch keinen Lösungsvorschlag an für den Fall, dass es dennoch zu einer solchen negativen Dynamik kommen sollte.

12. Die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen und adäquater Infrastruktur ist in den meisten Entwicklungsländern mangelhaft. Der Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen im Finanzsektor, eine verbesserte Bankenregulierung und die Einbeziehung oft effizienterer Privatunternehmen bei der Bereitstellung von Infrastruktur werden in dem Bericht als wesentliche Beiträge zur Schaffung eines guten Investitionsklimas hervorgehoben. Die Autoren argumentieren, dass private Infrastrukturinvestitionen vorrangig durch Deregulierung und die Sicherung von Eigentumsrechten induziert werden können.

13. Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und ein flexibler Arbeitsmarkt sind ebenfalls wichtige Einflussfaktoren bei der Investitionsentscheidung von Unternehmen. Gleichzeitig soll die Arbeitsmarktordnung dem Wohle *aller* Arbeitnehmern dienen.

14. Der WDR 2005 plädiert für drei Säulen einer Agenda zur Arbeitsmarktreform: (i) Bereitstellung gut ausgebildeter Arbeitskräfte, (ii) weitgehende Deregulierung des Arbeitsmarktes, insbesondere Erleichterungen bei Einstellung und Entlassungen von Arbeitskräften (*hire & fire*) sowie (iii) Unterstützung von Arbeitnehmern bei der Anpassung an Veränderungen. Letzteres beinhaltet nach Ansicht der Autoren auch die Stärkung sozialer Sicherungssysteme. Auf die Möglichkeit eines „*race to the bottom*“ bei Löhnen und Kernarbeitsnormen geht der WDR 2005 aber ebenfalls nicht ein. Auch werden keine Konzepte angeboten, wie dem in vielen Entwicklungsländern gravierenden Problem des „*brain drain*“ begegnet werden kann.

15. In Bezug auf den Bildungssektor betonen die Autoren die Rolle privater Anbieter bei der Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitskräften. Als Beispiele werden **Côte d’Ivoire**, **Gambia** und **Ghana** genannt, wo ein bedeutender Teil der Sekundar- und Tertiärbildung privatwirtschaftlich organisiert ist. In **Burkina Faso** wurde die Hochschulverwaltung an private Bildungsinstitutionen delegiert. Erfahrungen in Ländern wie **Simbabwe** zeigen, dass es vor allem große Unternehmen sind, die in der formalen Berufsbildung aktiv sind.

16. Über diese Kernbereiche hinausgehende selektive Interventionen werden im WDR 2005 nur relativ knapp behandelt. Die Autoren beschränken sich auf die Formulierung einiger wichtiger Prinzipien, die bei gezielten Markteingriffen zu berücksichtigen seien. (Beispielsweise sollten selektive Interventionen eine klare Zielsetzung und Begründung haben, an den Problemursachen und nicht an den Symptome ansetzen und den Erfordernissen der Transparenz entsprechen.)

17. Internationalen Abkommen und Regeln wird von den Autoren des WDR 2005 eine ambivalente Bedeutung beigemessen. Sie können einerseits helfen, die Glaubwürdigkeit nationaler Politiken zu stärken, durch die Harmonisierung von Regeln und Standards zur Risikominderung und Kostensenkung für Unternehmen beizutragen und internationale *Spillovers* zu realisieren. Andererseits argumentieren die Autoren, dass durch internationale Vereinbarungen die zur Anpassung von Politiken zur Verbesserung des Investitionsklimas an spezifische lokale Gegebenheiten und Bedarfe notwendige Flexibilität eingeschränkt wird. Als positive Beispiele für relevante internationale Abkommen in Afrika führt der WDR 2005 den *Peer-Review-Mechanismus* der „*New Partnership for Africa's Development*“ (**NEPAD**) und die Harmonisierungsbemühungen im Rahmen der „*Organisation pour l'Harmonisation en Afrique du Droit des Affaires*“ (**OHADA**) an, in deren Rahmen sich **16 afrikanische Staaten**¹ um die Vereinheitlichung ihrer Wirtschaftsgesetzgebung bemühen. Die *Southern African Development Community* (**SADC**) sei ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie regionale Integrationsinitiativen Direktinvestitionen aus weiter entwickelten Ländern einer Region (**Südafrika** und **Mauritius**) in die weniger entwickelten Länder erleichtern und so die wirtschaftliche Dynamik einer ganzen Region positiv beeinflussen können.

Entwicklungspolitische Ansatzpunkte

18. Der WDR 2005 gibt einige Hinweise, wie die internationale Gemeinschaft den Entwicklungsländern bei der Verbesserung ihres Investitionsklimas helfen kann. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der Abbau von Verzerrungen in Industrienationen, insbesondere Agrarsubventionen und Zolleskalation, die sich negativ auf das Investitionsklima in Entwicklungsländern auswirken.

19. Darüber hinaus plädieren die Autoren für mehr und effektivere ODA (*Official Development Assistance*) zur Förderung des Investitionsklimas in Entwicklungsländern. Eine wichtige Rolle räumt der Bericht dabei programmorientierten Ansätzen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Formulierung und Umsetzung entsprechender Reformen ein.

20. Die Verbesserung des Investitionsklimas ist nach Ansicht der Autoren vor allem ein Feld für die Technische Zusammenarbeit (TZ). Bislang macht diese allerdings gerade mal 13% (2,7 Milliarden US \$ im Zeitraum 1998–2002) des Gesamtvolumens an ODA für diesen Bereich aus. In jedem Fall sollte TZ zur Verbesserung des Investitionsklimas nachfrageorientierter, kosteneffizienter und besser angepasst an lokale Bedingungen bereitgestellt werden als dies bisher der Fall gewesen ist. Um das sicherzustellen, schlägt der WDR 2005 Gemeinschaftsfonds für die Finanzierung von TZ-Maßnahmen (*multidonor technical assistance facilities*) vor.

21. Wichtige Beiträge können die Geber auch im Bereich von Investitionen in Infrastruktur leisten. Neben eigenen finanziellen Beiträgen sollte ihre Unterstützung insbesondere darin bestehen, die Rolle privater Unternehmen bei der Bereitstellung von Infrastruktur zu fördern. Als besonders viel versprechende Bereiche führt der Bericht hierbei die Bereiche Telekommunikation, Häfen und Elektrizitätsversorgung auf. Als positives Beispiel für die erfolgreiche Liberalisierung der Strom- und Telekommunikationsmärkte wird **Uganda** genannt.

22. Darüber hinaus können die Geber selbst Möglichkeiten und Anreize für Unternehmen schaffen, indem sie bspw. einzelne Transaktionen direkt durch Garantien und Kredite unterstützen. Der Bericht betont allerdings, dass bspw. gegenüber einer Bereitstellung von Mikro-

¹ Benin, Burkina Faso, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Komoren, Kongo, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Äquatorialguinea, Mali, Niger, Senegal, Tschad und Togo.

finanzdienstleistungen durch Geberorganisationen es vorzuziehen sei, sich auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine private Bereitstellung solcher Dienste zu beschränken.

23. Eine wichtige Rolle schreibt der WDR 2005 den Gebern schließlich auch bei der Erweiterung der relevanten Wissensbasis zu. Das kann sowohl die Bereitstellung standardisierter Daten zum Investitionsklima beinhalten als auch weitere Forschung zu wichtigen Zusammenhängen in diesem Themenfeld.

II. Aussagen des WDR 2005 zu Subsahara-Afrika

24. Der WDR 2005 und die ihm zugrunde liegenden Hintergrundpapiere² nehmen in einzelnen Fallbeispielen explizit Bezug auf **Subsahara-Afrika** (SSA). Als besonders positives Beispiel in Bezug auf eine substantielle Verbesserung des Investitionsklimas wird – wie so häufig – **Uganda** angeführt. Das Anfang der 1990er Jahre aufgelegte Reformprogramm zur Verbesserung des Investitionsklimas hat dazu beigetragen, dass **Uganda** zwischen 1993 und 2002 jährliche Wachstumsraten von über 4 % (das achtfache des SSA-Durchschnitts) zu verzeichnen hatte. Die Investitionen haben sich in den 1980er- und 1990er-Jahren mehr als verdoppelt, der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung hat sich von 56 % auf 25 % reduziert. Als Erfolgsfaktoren **Ugandas** nennt der WDR 2005 die erreichte makroökonomische Stabilität, die Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank, die Zerschlagung der Kaffee-, Tee- und Baumwoll-Monopole, den Abbau von Handelsbarrieren, den verbesserten Schutz vor Enteignungen, die Rückgabe zuvor enteigneten Eigentums, die Einrichtung einer autonomen Steuerbehörde sowie Privatisierungen und Liberalisierung im Strom- und Telekommunikationsmarkt.

25. Wie der für die Erstellung des WDR 2005 herangezogene Weltbankbericht *Doing Business in 2005* deutlich zeigt, gibt es in den meisten Ländern **SSAs** erhebliche Defizite in Hinblick auf investitionsfreundliche Rahmenbedingungen. Es besteht daher hoher Bedarf, die Möglichkeiten und Anreize für Unternehmen, in den Volkswirtschaften **SSAs** zu investieren, zu verbessern. So findet sich unter den 20 Volkswirtschaften mit den besten Rahmenbedingungen für privates Wirtschaften gerade einmal ein einziges in **SSA (Botswana)**. Von den 20 Ländern mit dem schlechtesten Investitionsklima hingegen liegen 16 in **SSA**. Ein Unternehmen in **SSA** zu eröffnen dauerte im Jahr 2004 im Durchschnitt 63 Tage, kostete 225,2 % und erforderte ein Mindestkapital von 254,1 % des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens. Zum Vergleich: In den OECD-Ländern liegt der Durchschnitt bei 25 Tagen, 8 % und 44,1 %.

26. Annähernd 50% der Unternehmen in **SSA** beklagen unzureichende Infrastruktur, annähernd 70% mangelnden Zugang zu Finanzdiensten als schwerwiegende Hemmfaktoren für ihre Aktivitäten. Insbesondere die unzuverlässige Elektrizitätsversorgung wird von 52% der befragten Unternehmen als Investitionshemmnis genannt. Darüber hinaus ist die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften weiterhin gering (mehr als 40 % der über 25-Jährigen in **SSA** haben keinerlei formale Ausbildung genossen) und durch die hohe Inzidenz von HIV/AIDS gefährdet.

27. Schlechte Regierungsführung, Korruption, Überregulierung und schwache Eigentumsrechte sind in **SSA** nach wie vor verbreitet. Zum Beispiel traut nur rund die Hälfte aller Unternehmen in **SSA** der Justiz zu, ihre Eigentumsrechte zu schützen. Politische Unsicherheit wird bspw. in **Sambia**

² Siehe Anhang

von 57% der befragten Unternehmen als schwerwiegender Hemmfaktor für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten angeführt.

28. Solche Faktoren hindern vor allem die Armen daran, unternehmerisch im formellen Sektor tätig zu werden. Dementsprechend stellt der informelle Sektor in **SSA** 72 % der nicht-agrarischen Beschäftigung, wobei Frauen, Jugendliche und niedrig qualifizierte Arbeitnehmer von den negativen Folgen am härtesten betroffen sind. Der Bericht stellt fest, dass es zwar vor allem größere Unternehmen sind, die in Afrika im formellen Sektor neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen (so generierten in den frühen 90er Jahren Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten in **Ghana** 56 %, in **Kenia** 74 % und in **Simbabwe** 76 % der zusätzlichen Arbeitsstellen im formellen Sektor), es aber vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen sind (auf die erfahrungsgemäß über 50 % der neu geschaffenen Arbeitsstellen im informellen Sektor entfallen), die besonders unter hohen Kosten und Risiken und Überregulierung zu leiden haben.

III. Bewertung und Schlussfolgerungen für die deutsche Entwicklungspolitik in Bezug auf Subsahara-Afrika

29. Der WDR 2005 beschreitet mit dem Thema Investitionen kein Neuland. Vielmehr werden weitgehend anerkannte Erkenntnisse zu wachstumsorientierten Entwicklungsstrategien, Wirtschaftsförderung und politischer Ökonomie zusammengeführt. Die Autoren betonen mehrfach, dass eine ausgewogene Balance zwischen den Interessen privater Unternehmen und gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen zentrale Voraussetzung für ein armutsorientiertes und entwicklungsförderliches Investitionsklima ist. Dennoch ist dem Bericht anzumerken, dass er vorrangig auf Basis von Unternehmensbefragungen erstellt wurde und dementsprechend hauptsächlich aus Unternehmer-Perspektive argumentiert. Über die Empfehlung einer möglichst weitgehenden Deregulierung geht der Bericht kaum hinaus. Die relativ unkonkrete Diskussion selektiver staatlicher Interventionen ist wenig handlungsleitend.

30. Wichtige Faktoren für Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung wie Bildung, Informationsdefizite etc. lassen sich mit Deregulierung allein nicht bewältigen. Bezüglich der Frage, wie bspw. Bildung für die Verbesserung des Investitionsklimas von staatlicher Seite effektiv bereitgestellt werden kann, verweist der WDR 2005 lediglich auf den Weltentwicklungsbericht 2004 („*Making Services Work for Poor People*“). Das führt im aktuellen Bericht in Bezug auf die Schaffung eines unternehmerfreundlichen Investitionsklimas zu einer relativ einseitigen und monokausalen Analyse und Bewertung.

31. Der Bericht wendet sich in erster Linie an Regierungen in Entwicklungsländern, deren Aufgabe es sei, die Voraussetzungen für produktivitätssteigernde Investitionen zu schaffen. Die Empfehlungen für die internationale Gebergemeinschaft hingegen fallen eher knapp und wenig konkret aus.

32. Obwohl der WDR 2005 explizit auf politökonomische Argumente bei der Schaffung eines guten Investitionsklimas eingeht, thematisiert er das erhebliche Blockadepotential einflussreicher Akteure, die vom Status quo profitieren und entsprechende Reformen verhindern, kaum. Die Rolle, die in diesem Zusammenhang ein intensiver und langfristig angelegter Politikdialog zwischen Gebern und Partnerregierung und gegebenenfalls angemessene Konditionalitäten spielen können, wird vernachlässigt.

33. Die Forderung des WDR 2005 an die Industrieländer, Agrarsubventionen abzubauen und den Marktzugang für Exporte aus Entwicklungsländern zu verbessern, stimmt mit der im BMZ-Positionspapier zur Entwicklungszusammenarbeit mit **Subsahara-Afrika** festgehaltenen deutschen Position überein.

34. Die *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) in den Ländern **SSAs** sollten – nachdem sie sich bislang überwiegend auf die sozialen Sektoren konzentrierten – die Verbesserung des Investitionsklimas als Schwerpunkt einbeziehen und daraus entsprechende Aktionspläne ableiten.

35. Für die bilaterale deutsche TZ stellt sich aufgrund der Analyse des WDR 2005 die Herausforderung, sich stärker als bisher in die Programme der Partner und anderer Geber im Rahmen von *joint donor approaches* einzubinden und mögliche komparative Vorteile auf dem Gebiet der Verbesserung des Investitionsklimas zu nutzen bzw. weiterzuentwickeln. In den Schwerpunktstrategien der bilateralen EZ sollten - z.B. in den Bereichen WiRAM oder Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung - zentrale Elemente des Investitionsklimas, wie z.B. die Sicherung von Eigentumsrechten oder die Vereinfachung von Unternehmensgründungen, vermehrt berücksichtigt werden.

36. Im Hinblick auf gemeinsame TZ-Fonds (*multidonor technical assistance facilities*), wie sie auch im WDR 2005 angeregt werden, zeigt sich die deutsche EZ bislang sehr zurückhaltend. Mittelfristig erscheint dieser Ansatz aber gerade in **SSA** angesichts knapper Kapazitäten und finanzieller Ressourcen sinnvoll; ein schrittweiser Einstieg der deutschen EZ ist daher anzustreben. Bisherige Erfahrungen mit der deutschen Beteiligung an der im WDR 2005 beschriebenen „*Public-Private Infrastructure Advisory Facility*“ (PPIAF) sollten hierfür systematisch ausgewertet werden.

37. Der hohe Bedarf in **SSA** bspw. im Bereich der Infrastrukturinvestitionen erfordert die verstärkte Einbindung privater Unternehmen. Hier sollte die deutsche EZ die Vorteile von *Public-Private-Partnership* (PPP)-Modellen verstärkt nutzen.

38. Standortdefizite in vielen Ländern **SSAs** sind nur langfristig zu beheben. Das Potenzial für ausländische Direktinvestitionen ist relativ gering und kann letztlich nur im Rahmen regionaler Kooperation zunehmen. Hierbei werden die Ankerländer in der Region (**Südafrika** und **Nigeria**) und die **NEPAD** eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Stefan Leiderer / Felix Povel

Bonn, Oktober 2004

Anhang 1

WDR 2005 – REGIONAL PERSPECTIVES: SUB-SAHARAN AFRICA

Private investment in Sub-Saharan Africa averaged just under 14 percent of GDP in the five-year period from 1998 to 2002. Foreign direct investment averaged 2.8 percent of GDP during the same period. The informal sector represents 72 percent of non-agricultural employment in Sub-Saharan Africa.

Selected investment climate indicators

An annex in the Report contains indicators from the World Bank's Investment Climate Surveys and the Doing Business Database, with explanations of how the indicators were constructed. Findings for the region include:

Investment Climate Surveys

- The Investment Climate Surveys in Eritrea (2002), Ethiopia (2002), Kenya (2003), Nigeria (2001), Senegal (2004), Tanzania (2003), Uganda (2003) and Zambia (2003) cover over 2000 registered firms and an additional 1000 micro and informal firms were interviewed in Kenya, Senegal, Tanzania, and Uganda.
- An **unreliable electricity supply** is reported as a constraint by over 52 percent of firms in the region, 42 percent in South Asia, 24 percent in East Asia and Latin America and less than 10 percent in Eastern Europe and Central Asia. Losses from power outages average 6-7 percent of sales in Zambia and Ethiopia, and 10 percent of sales or more in Senegal, Eritrea and Kenya.
- **Policy uncertainty** is rated as a major or severe constraint by 27 percent of firms in Uganda and 57 percent in Zambia.
- **Unpredictable interpretations of regulations** is a problem reported by 40 percent of firms Uganda and 70 percent in Zambia.
- **Corruption** is the top constraint of many firms. In Kenya, over 75 percent of firms report bribes are paid, averaging over 5 percent of sales.
- Confidence that **courts** would uphold their property rights is only expressed by half of firms.

Doing Business Database

- **Registering property** can take over 300 days in Angola, Cote d'Ivoire, Ghana and Rwanda.
- **Resolving a bankruptcy** can take 4.5 years in Angola, the Democratic Republic of Congo, Kenya – and half that time in Botswana, Cote d'Ivoire, Ghana, Namibia, Nigeria and Uganda.

Uganda illustrates that the potential returns to investment climate improvements are large:

The Report looks at Uganda's experience to show the importance of persistence, rather than perfection, in translating investment climate reforms into increased growth and poverty reduction. Uganda launched its program of investment climate improvements in the early 1990s, after a period of civil conflict. Reforms covered many areas of the investment climate, and the persistence of the government's reform efforts enhanced its credibility, giving firms the confidence to invest. The process provided the basis for growing its economy by an average of 4 percent per year during 1993-2002 (or eight times the average in Sub-Saharan Africa) and reducing the share of its population living below the poverty line from 56 percent in 1992 to 35 percent in 2000.

The Report shows that the returns to **investment climate improvements can dwarf the impact of international aid flows**. The manufacturing value added in South Africa is significantly larger than all official aid flows to Sub-Saharan Africa.

Quelle: Website der Weltbank (www.worldbank.org/wdr)

Anhang 2

Hintergrundpapiere und Fallstudien zum WDR 2005 mit Afrikabezug

- How Do Investment Climate Conditions Vary Across Countries, Regions and Types of Firms? (September, 2004)
- Managing Investment Climate Reform: Case Study of Uganda Telecommunications (April 16, 2004)
- Tradenet in Ghana: Best Practice in the Use of Information Technology (January 28, 2004)
- The Investment Climate for the Informal Economy: A Case of Durban, South Africa (September, 2003)
- Street Vending in African Cities: A Synthesis of Empirical Findings From Kenya, Cote D. (August 16, 2003)
- The Importance of the Enabling Environment for Business and Economic Growth. (November 2003)
- Donor Experiences in Supporting Reforms to the Investment Climate for Small Enterprise Development (November 2003)
- Less is More Better Compliance and Increased Revenues by Streamlining Business Registration in Uganda (November 2003)
- Improving the Business Trade Licensing Reform Environment (November 2003)
- The Investment Climate in South Africa – Regulatory Issues: Some insights from the high-growth, export-oriented SME sector (November 2003)
- Investment for Development Project (IFD) – Civil Society Perceptions (November 2003)
- Investment Climate Reform in South Africa (November 2003)
- Lessons for Development from London Business School’s Centre for New and Emerging Markets (CNEM) Research Project “Investment in Emerging Markets (November 2003)
- Some Lessons from the CUTS 7-Up Comparative Competitive Policy Project (November 2003)
- Investment Climate Reform Competition Policy and Economic Development: Some Country Experiences (November 2003)
- Lessons from CBC Business Environment Surveys 1999, 2001, 2003 (November 2003)
- OECD (UK & EU) Home Country Measures and FDI in Developing Countries: A Preliminary Analysis (November 2003)